

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

## Im Banne von Maastricht

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wohlers, Eckhardt (1996) : Im Banne von Maastricht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 11, pp. 550-551

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137401>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Im Banne von Maastricht



Eckhardt Wohlers

Die wirtschaftliche Flaute, die im Laufe des vergangenen Jahres die meisten Industrieländer erfaßt hatte, ist überwunden; seit dem Frühjahr hat die Konjunktur nahezu überall wieder Tritt gefaßt. In Deutschland ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Sommerhalbjahr, läßt man die Sondereffekte als Folge des Aufholens von witterungsbedingten Produktionsausfällen im Winter außer acht, mit einer laufenden Jahresrate von 2 1/2 % gestiegen. Auf dem Arbeitsmarkt, einem typischen „Spätstarter“, schlug sich das freilich noch nicht nieder. Zwar hat sich der Beschäftigungsabbau verlangsamt, die Zahl der Arbeitslosen stieg aber weiter spürbar.

Ausschlaggebend für das Wiederanspringen der Konjunktur war die deutliche Verbesserung der monetären Rahmenbedingungen. Angesichts der ruhigen Preisentwicklung wurden in vielen Industrieländern die geldpolitischen Zügel bis zuletzt gelockert. Der merkliche Anstieg der Kapitalmarktzinsen im Jahre 1994, der maßgeblichen Anteil an der letztjährigen Konjunkturabkühlung gehabt hatte, bildete sich im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend wieder zurück. Zwar kam es in diesem Frühjahr als Folge von aufkeimenden Inflationsbefürchtungen in den USA zeitweilig erneut zu Zinssteigerungen an den internationalen Kapitalmärkten. In den letzten Monaten bröckelten die langfristigen Zinsen aber wieder ab; in Deutschland ist die Umlaufrendite gegenwärtig ähnlich niedrig wie Ende 1993. Zudem hat sich die Höherbewertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 inzwischen wieder vollständig zurückgebildet.

Die Finanzpolitik hat in Deutschland in diesem Jahr alles in allem die Konjunktur gestützt. Mindereinnahmen und Mehrausgaben aufgrund der flauen Konjunktur wurden weitgehend hingenommen, so daß die „automatischen Stabilisatoren“ wirken konnten, und die am Jahresbeginn in Kraft getretenen umfangreichen Steuerentlastungen wurden durch die gleichzeitige Anhebung von Sozialbeiträgen nur teilweise kompensiert. Schließlich kam es in der Lohnpolitik, die durch überzogene Lohnsteigerungen im letzten Jahr ebenfalls zur Eintrübung des Konjunkturklimas beigetragen hatte, zu einer Kehrtwende; in diesem Jahr fielen die Abschlüsse unter dem Eindruck der ungünstigen Arbeitsmarktlage wieder deutlich niedriger aus.

Gegenwärtig spricht vieles dafür, daß insbesondere die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben. Angesichts vielfach noch unterausgelasteter Kapazitäten, einer anhaltend hohen, mäßigend auf die Lohnentwicklung wirkenden Arbeitslosigkeit und nur schwacher Teuerungsimpulse von den Weltrohstoffmärkten ist eine nennenswerte Verstärkung des Preisauftriebs vorerst nicht zu erwarten. Von daher erscheint auch ein Kurswechsel in der Geldpolitik in den meisten Ländern wenig wahrscheinlich. Angesichts des weltweit ruhigen Preisklimas sind auch auf den internationalen Kapitalmärkten selbst bei Konjunkturbelebung und damit einhergehender verstärkter Kapitalnachfrage stärkere Zinssteigerungen vorerst nicht zu erwarten. Für nachhaltige Veränderungen der Wechselkurse gibt es derzeit ebenfalls keine Anhaltspunkte; allerdings bleiben hier im Vorfeld von Maastricht beträchtliche Risiken.

In der Lohnpolitik ist wegen der anhaltend ungünstigen Beschäftigungsaussichten trotz des Hickhacks um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein neuerlicher Kurswechsel wenig wahrscheinlich. Von der Finanzpolitik werden dagegen 1997 als Folge der beschlossenen Sparmaßnahmen und der Beitragsanhebungen in der Sozialversicherung leicht dämpfende Einflüsse ausgehen. Das gleiche gilt für die meisten anderen EU-Länder. Eine nachhaltige Gefährdung der konjunkturellen Erholung ist davon aber angesichts der günstigen monetären Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Gleichwohl bleibt ein gewisses Risiko. Deutlich verstärkte Bemühungen der EU-Länder, quasi in einem „Husarenritt“ im Jahre 1997 doch noch die Referenzwerte für die finanzpolitischen Maastricht-Kriterien zu erreichen, könnten zusätzliche Belastungen für die Konjunktur in Europa und damit auch in Deutschland bringen.

Angesichts der weiterhin günstigen Rahmenbedingungen gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem jüngsten Gutachten davon aus, daß Nachfrage und Produktion in Deutschland aufwärtsgerichtet bleiben werden. Das Expansionstempo wird aber relativ verhalten sein und sich auch im Laufe des kommenden Jahres nur leicht beschleunigen. Für das Jahr 1997 rechnen sie mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um etwa 2 1/2 %, nach 1 1/2 % in diesem Jahr. Eine rasche Besserung am Arbeitsmarkt ist unter diesen Bedingungen nicht zu erwarten; bei leicht sinkender Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1997 weiterhin 4 Mill. betragen. Wenig rosig sind dabei die Aussichten für Ostdeutschland. Dort wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit rund 2% erstmals hinter dem in Westdeutschland zurückbleiben, so daß der Aufholprozeß ins Stocken gerät.

Die Institute betonen aber, daß das Wiederanspringen der Konjunktur für die Wirtschaftspolitik noch keine Entwarnung bedeutet. Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt setzt auf Jahre hinaus eine deutlich höhere Investitions- und Wachstumsdynamik voraus, als derzeit absehbar ist. Um die Bedingungen dafür zu verbessern, ist eine Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses unerlässlich. Der starke Anstieg der Inanspruchnahme der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat und der Belastung der Einkommen mit Steuern und Abgaben im Gefolge der Wiedervereinigung hat die Leistungs- und Investitionsbereitschaft verringert, so daß schon von daher eine Rückführung dringlich ist. Gleichzeitig muß aber auch das Budgetdefizit zurückgeführt werden. All dies geht nur im Rahmen eines mittelfristigen Konzeptes, das die Bundesregierung mit ihrer „Finanzpolitik 2000“ im Prinzip schon vorgelegt hat. Auch das im Frühjahr beschlossene „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist ein Schritt in diese Richtung.

Gegenwärtig steht die Finanzpolitik aber ganz im Banne von Maastricht. In diesem Jahr wird das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt den im Maastricht-Vertrag genannten Referenzwert von 3% deutlich überschreiten, und auch im „Schicksalsjahr“ 1997 wird es nach Einschätzung der Institute ungeachtet der bisher beschlossenen Maßnahmen mit knapp 3 1/2% darüber bleiben. Die Gefahr, das Budgetkriterium trotz aller Bemühungen zu verfehlen, hat zu hektischem Aktionismus geführt. Doch zielen fast alle Vorschläge zum Stopfen der Haushaltslöcher primär auf bloße kurzfristige Defizitreduzierung und lassen kaum mehr einen Bezug zu einem mittelfristigen Gesamtkonzept erkennen; sie widersprechen damit im Grunde auch den Intentionen des Maastricht-Vertrages.

Erschwert wird der Konsolidierungsprozeß durch die Lage in Ostdeutschland. Ursprünglich war vorgesehen, die Transfers in die neuen Bundesländer in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre allmählich zurückzufahren. Das wird durch das Erlahmen des Aufholprozesses immer schwieriger; um ihn wieder anzuschieben, ist nach Ansicht der Institute wohl sogar eine befristete Aufstockung der Mittel für investive Zwecke notwendig. Dadurch allein ist das Kernproblem der ostdeutschen Wirtschaft, die vielfach immer noch zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, nicht zu lösen; hinzukommen muß eine rasche lohnpolitische Kehrtwende. Die Institute plädieren deshalb dafür, das Tariflohnniveau in Ostdeutschland für einige Jahre „einzufrieren“. Damit würde Raum geschaffen für eine Verbesserung der Gewinne, die eine unerlässliche Voraussetzung für mehr Investitionen und für das Entstehen neuer Arbeitsplätze ist.